

Arbër Bullakaj, Nationalrat SG

Rede Fest der Solidarität

Arbeiter*innen-Strandbad Tennwil, 29. August 2026

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe alle,

Danke, dass ich heute hier sein darf. Und ein ganz besonderer Dank an alle, die dieses Fest organisiert und möglich gemacht haben.

Liebe Ylfete, danke für deine tolle Rede. Gerade bei einem solchen Fest ist es kein Zufall, dass manche Gedanken heute Abend eventuell mehrfach anklingen.

Wir sind heute hier zusammengekommen, um Solidarität zu feiern. Das ist gut und wichtig. Denn Solidarität zeigt sich nicht nur in grossen Worten. Sie entscheidet im Alltag darüber, ob Menschen dazugehören, mitentscheiden und auf andere zählen können.

Ylfete und ich teilen einen Geburtsort: Prizren. Und es gibt noch eine Verbindung zu dieser Region. Mutter Teresa wurde in Skopje geboren, ihre Eltern stammten aus Kosova, genauer Gjakova und Prizren. Sie sagte einmal: Die grösste Armut sei Einsamkeit und das Gefühl, nicht willkommen zu sein.

Materielle Armut ist real, wenn am Ende des Monats das Geld nicht reicht. Wenn die Miete drückt, die Krankenkassenprämien steigen oder Eltern ihren Kindern Ferien und Freizeitangebote nicht ermöglichen können. Das dürfen wir nie relativieren.

Aber auch fehlende Zugehörigkeit macht arm. Wenn ein Name bei der Lehrstellensuche zum Hindernis wird. Wenn bei der Wohnungssuche immer wieder Absagen kommen. Oder wenn Menschen, die hier leben, arbeiten und Steuern bezahlen, bei Wahlen und Abstimmungen bloss zuschauen dürfen.

Solidarität heisst dann: nicht wegschauen. Sie heisst, im Alltag füreinander da zu sein und politische Regeln zu ändern, die Menschen auf Dauer zu Gästen im eigenen Land machen.

Ich möchte euch dafür ein Beispiel aus Wil erzählen. 2012 habe ich gemeinsam mit Gleichgesinnten FAIR Wil gegründet. Wir haben ein Schreibbüro aufgebaut, weil Menschen bei Formularen, Bewerbungen, der Wohnungssuche oder einem schwierigen Brief oft ganz praktische Unterstützung brauchen.

Das Schreibbüro ist seitdem jeden Samstag offen – auch an vielen Feiertagen. Ich sass damals selbst einmal am 1. Januar um halb zehn dort und auch an Weihnachten. Wir wussten nicht, an welchem Tag jemand dringend Hilfe braucht. Darum wollten wir einfach da sein.

Kürzlich hat mir ein neues Vorstandsmitglied aus der fünften Generation wieder vor Augen geführt, was daraus geworden ist: Seit bald vierzehn Jahren wird diese Hilfe weitergetragen. Nicht als grosse Geste, sondern verlässlich, Woche für Woche.

Diese Erfahrung hat mich auch politisch geprägt. Denn wer bei Formularen, der Wohnungssuche oder der Arbeit auf Unterstützung angewiesen ist, braucht mehr als Hilfe in einzelnen Momenten. Menschen brauchen die Gewissheit, dazuzugehören und ihre Zukunft mitgestalten zu können.

Darum haben wir vor rund sechs Jahren Aktion Vierviertel gegründet und die Demokratie-Initiative lanciert. Rund ein Viertel der Menschen in diesem Land ist vom Bürgerrecht und damit von der politischen Mitbestimmung ausgeschlossen. Sie leben hier, sie arbeiten hier, sie tragen dieses Land mit. Aber sie dürfen nicht wählen und nicht gewählt werden.

Die Demokratie-Initiative will faire, objektive und schweizweit einheitliche Kriterien für die Einbürgerung. Heute gleicht der Weg zum Pass zu oft einem Wohnort-Roulette: Je nach Gemeinde und Kanton sind die Hürden, Kosten und Erwartungen anders.

Das zeigt sich an Beispielen, die eigentlich unfassbar sind. In Einbürgerungsverfahren wurden Menschen abgelehnt, die die Fellfarbe der Kühe im Muotatal nicht kannten, nicht alle lokalen Beizen aufzählen konnten, oder weil sie mit Trainerhosen durchs Dorf gelaufen sind. Das hat nichts mit einer fairen Beurteilung von Zugehörigkeit zu tun. Niemand muss sich das Bürgerrecht dadurch verdienen, dass er oder sie sich an eine enge Vorstellung von «richtig schweizerisch» anpasst.

Das Bürger:innenrecht bedeutet wählen und gewählt werden. Es bedeutet, nicht nur von Entscheidungen betroffen zu sein, sondern über sie mitzuentcheiden. Und es bedeutet Rechtssicherheit.

Viele Menschen haben lange darauf vertraut, dass eine Niederlassungsbewilligung die Zusage ist: Ich darf mich hier dauerhaft niederlassen. Heute ist diese Sicherheit brüchiger. Nach einer schweren Krankheit, einer Trennung oder wirtschaftlicher Not kann selbst ein Leben, das über Jahrzehnte hier aufgebaut wurde, wieder infrage gestellt werden.

Der Fall des ehemaligen SVP-Grossrats in Untersiggenthal hat es hier im Aargau gezeigt: Den betroffenen Frauen drohte nach allem Erlebten die Wegweisung. Das ist nicht Schutz. Das ist das Gegenteil von Rechtssicherheit.

Genau darum ist das Bürgerrecht auch Rechtssicherheit. Wer hier lebt, arbeitet, Verantwortung übernimmt und sein Leben aufgebaut hat, soll nicht beim ersten schweren Schicksalsschlag wieder zur Person auf Probe werden.

Doch Zugehörigkeit wird nicht nur durch Gesetze infrage gestellt. Sie wird auch dann angegriffen, wenn Menschen sichtbar werden und Hass entgegenschlägt.

Das erleben besonders Frauen, queere Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Sobald sie sich öffentlich äussern, geht es oft nicht mehr um Argumente oder sachlichen Widerspruch. Es geht um Abwertung, rassistische Hetze und um die Botschaft: Du gehörst nicht hierher.

Doch eine Beleidigung ist keine Meinung. Rassismus ist keine Meinung. Wer Menschen ihre Zugehörigkeit abspricht, führt keine Debatte. Er greift ihre Würde an.

Aber seit ich politisch aktiv bin, mache ich auch die gegenteilige Erfahrung: Solidarität. Schon bei meiner ersten grossen Wahlparty 2015 kamen über 1'000 Menschen. In den letzten Nationalratswahlkämpfen haben über 500 Menschen ein Plakat von mir im Garten oder im Laden aufgehängt – viele von ihnen, obwohl sie sonst nie ein politisches Plakat aufhängen.

Und nach meinem Video über Hasskommentare haben mir unglaublich viele Menschen geschrieben. Eine Frau ist sogar auf meine Mutter zugegangen und hat ihr mit wässrigen Augen gesagt: «Es tut mir so leid, dass dein Sohn das erleben muss.»

Für mich ist das Solidarität. Menschen stehen auf, obwohl sie nicht selbst angegriffen werden. Sie sagen: Ich sehe dich. Ich höre dich. Ich stehe an deiner Seite. Und viele von ihnen fühlen sich vielleicht selbst zum ersten Mal gesehen, gehört oder vertreten.

Hass versucht, Menschen zu isolieren. Solidarität tut das Gegenteil. Sie sagt: Du bist nicht allein. Du gehörst dazu. Und wir lassen nicht zu, dass eine kleine laute Minderheit bestimmt, wer sich in diesem Land zeigen darf.

Genau deshalb berührt mich eine meiner Lieblingsreden überhaupt so sehr: die Schlussrede von Charlie Chaplin in seinem Film The Great Dictator aus dem Jahr 1940. Nachdem Chaplin gezeigt hatte, wohin Menschenverachtung führt, sagte er: «Do not despair.» – Verzweifelt nicht. Und: «More than machinery we need humanity. More than cleverness we need kindness and gentleness.» – Mehr als Maschinen brauchen wir Menschlichkeit. Mehr als Klugheit brauchen wir Güte und Mitgefühl.

Die Zeit von damals ist nicht die Zeit von heute. Aber der Gedanke bleibt: Wir dürfen die Probleme nicht schönreden. Doch wir dürfen ihnen auch nicht das letzte Wort überlassen. Solidarität heisst, handlungsfähig zu bleiben – einander beizustehen und aus Hoffnung politische Kraft zu schöpfen.

In meinen Wahlkämpfen stand dafür ein Satz im Zentrum: Für eine Schweiz, in der es egal ist, woher du kommst, woran du glaubst oder wen du liebst.

Das ist nicht bloss ein Slogan. Es ist ein Auftrag: für gute Schulen und faire Chancen, für Löhne, von denen Menschen leben können, für bezahlbares Wohnen, für Schutz vor Diskriminierung und für ein Bürgerrecht, das Zugehörigkeit und Sicherheit möglich macht.

Eine Demokratie fragt nicht: «Gehörst du wirklich dazu?»

Sie sagt: «Du bist hier. Du trägst bei. Deine Stimme zählt.»

Das ist Solidarität. Und dafür lohnt es sich zu kämpfen.